

27. IV. 1915.

96 m 97

(Die fremdsprachigen Geschäftsaufschriften in Wien.) Bekanntlich haben, wie in allen Städten Deutschösterreichs, auch in der Stadt Wien die deutschen Vereine veranlaßt, daß fremdsprachige Geschäftsaufschriften möglichst beseitigt werden. Besonders tatkräftig haben in Wien die Durchführungsarbeiten der Sprachreinigung der „Südmart“-Gau Wien und die Wiener Ortsgruppe des Allgemeinen deutschen Sprachvereins in die Hand genommen. Insbesondere wurden sämtliche Bezirksvertretungen der Stadt Wien ersucht, in ihrem Amtsbereiche dahin zu wirken, daß die fremdsprachigen Geschäftsschilder entfernt werden. Neben der Vertretung des 18. Bezirkes, welche dem Ansuchen der beiden genannten Vereinigungen sofort entsprochen hat, richteten nunmehr auch die Bezirksvorstehungen des 4., 9., 13., 14., 15. und 19. Bezirkes Zuschriften an den „Südmart“-Gau, aus welchen hervorgeht, daß alle diese Körperschaften in öffentlicher Sitzung die Anregung aufgegriffen und beschlossen haben, sowohl persönlich als auch amtlich dahin zu wirken, daß die Sprachreinigung im Geschäftsleben Wiens äußerlich und innerlich raschestens durchgeführt werde. Am Montag, den 19. d., hatte eine Abordnung, bestehend aus den Herren Baurat Ingenieur Fellek und Hans Karl Plejta, für den „Südmart“-Gau Wien und Realschuldirektor Stangl, Baurat Beranek und Oberfinanzrat Dr. von Haumeder für den Deutschen Sprachverein, Gelegenheit, beim Vertreter des Bürgermeisters, Obermagistratsrat Pawelka, vorzusprechen, um ihm in einstündiger Unterredung die Wünsche der beiden Vereinigungen darzulegen. Obermagistratsrat Pawelka, welcher die Herren ersuchte, den Bürgermeisters zu entschuldigen, da derselbe sich wegen Zeitmangels nicht persönlich mit der Angelegenheit befassen könne, gab die bestimmte Zusicherung, daß sowohl das Gemeinderatspräsidium als auch der Magistrat alles aufbieten werden, um, soweit dies ohne materielle Schädigung der Geschäftsleute tunlich erscheint, sich der Tätigkeit der Bezirksvertretungen anzuschließen. Schließlich versprach Obermagistratsrat Pawelka, durch den Gewerbebund und die beruflichen Genossenschaften auf die einzelnen Geschäftsleute einzuwirken und auch das Polizeipräsidium auf die Angelegenheit aufmerksam zu machen.